

Petitionsausschuss befasst sich mit regionalgeschichtlichen Themen

19.10.2023



Hauptgebäude der Universität Rostock © ITMZ/Universität Rostock

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen gleich zwei regionalgeschichtliche Themen. Zum einen hat der Petitionsausschuss mit Vertretern des Wissenschaftsministeriums und der Universität Rostock über die Forderung eines Historikers beraten, die volkscundliche Forschungsarbeit an der Universität Rostock wiederherzustellen. Zum anderen hat sich der Ausschuss erneut mit der Eingabe zur Festung Dömitz befasst, mit der bereits 2018 gefordert wurde, die Festung ins Landeseigentum zu übernehmen oder zumindest eine langfristige Finanzierung der dringend notwendigen Sanierung sicherzustellen.

Der Vertreter der Universität Rostock stellte zunächst ausführlich die Gründe für die strukturellen Veränderungen dar, die im Wesentlichen auf unumgängliche Stellenreduzierungen im Bereich der Volkskunde und Regionalgeschichte zurückzuführen seien. Das nun geplante Zentrum für

Regionale Geschichte und Kultur Mecklenburgs stelle eine gute Lösung dar, die Volkskunde, die für sich nur schwer zu erhalten sei, in Kooperation mit anderen Fächern in eine neue Struktur einzubinden. Ein solches Zentrum entspreche zudem dem Wissenschaftsverständnis des frühen 21. Jahrhunderts, das auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit ausgerichtet sei. Er informierte den Ausschuss, dass die für das Zentrum eingerichtete Professur für Regionale Kulturgeschichte, die auch die maritime Geschichte und Kultur umfasse, seit dem 01.10.2023 besetzt sei, sodass nun mit der Errichtung des Zentrums begonnen werden könne.

Seitens des Bildungsministeriums und der Universität Rostock wurde im Laufe der Diskussion mehrfach betont, dass der Bereich der Volkskunde, einschließlich der maritimen Volkskunde, von großer Bedeutung sei. Das Wossidlo-Archiv verfüge über eine sehr gute Materialsammlung, die forschungswürdig und dementsprechend erhaltenswert sei.

Nachdem auch die Fragen der Abgeordneten beantwortet waren, beschloss der Ausschuss, die Petition an die Landesregierung und die Fraktionen des Landtages zu überweisen, um die weitere Entwicklung der volkskundlichen Forschung nach Errichtung des Zentrums im Blick zu behalten.

Zur Festung Dömitz hat der Petitionsausschuss bereits eine Beratung mit verschiedenen Behörden und einen Ortstermin durchgeführt. Ergebnis des Ortstermins im Mai dieses Jahres war die Errichtung einer Arbeitsgruppe, an der neben einer Vielzahl von Vertretern verschiedener Behörden auch ein Ausschussmitglied mitwirkt. Die Abgeordnete berichtete nun über die erste Sitzung der Arbeitsgruppe. Da der Bericht erneut deutlich gemacht hat, dass die Stadt die Aufgabe nicht nur finanziell, sondern auch personell nicht leisten kann, beschloss der Ausschuss, an die Landesregierung die Frage zu richten, wie das Land die Stadt, ggf. auch organisatorisch, unterstützen kann. Der Ausschuss wird die Petition sodann erneut beraten.